

Vorlage Nr. 71/2021		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	Ja	Anzahl Anlagen: 0

Stellenhebungen bei der Ortspolizeibehörde zum 01.01.2022

A Problem

Im Bereich der Ortspolizeibehörde stehen zum Beförderungsstichtag 01.01.2022 1 Planstelle nach Besoldungsgruppe A 13 BremBesO, Polizeirat:in, 2 Planstellen nach Besoldungsgruppe A 12 BremBesO, Polizei-/Kriminalhauptkommissar:in, 5 Planstellen nach Besoldungsgruppe A 11 BremBesO, Polizei-/Kriminalhauptkommissar:in, und 2 Planstellen nach Besoldungsgruppe A 10 BremBesO, Polizei-/Kriminaloberkommissar:in für Beförderungen zur Verfügung.

Nach Einführung der zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzugsdienst im Lande Bremen, die im Jahre 2009 vollständig umgesetzt wurde, ist die Besoldungsstruktur (Planstellen der Polizeivollzugsbeamt:innen) noch immer nicht an die entsprechenden Funktionsstellenbewertungen angeglichen. Es ergibt sich daher die dringende Notwendigkeit, die Besoldungsstruktur der Polizeien im Lande Bremen weiter anzupassen.

Die Polizei Bremen plant, wie in den vergangenen Jahren, zum 01.01.2022 Stellenhebungen für den Polizeivollzugsdienst der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt.

In Absprache mit dem Senator für Inneres können zur dringend notwendigen Anpassung der Besoldungsstruktur in Bremerhaven zum 01.01.2022 16 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 9 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 10 BremBesO realisiert werden. Darüber hinaus ist eine Stellenhebung von Besoldungsgruppe A 15 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 16 BremBesO vorgesehen.

B Lösung

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt die Anhebung von 16 Stellen von Besoldungsgruppe A 9 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 10 BremBesO sowie die Anhebung einer Stelle von Besoldungsgruppe A 15 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 16 BremBesO im Bereich der Ortspolizeibehörde zum 01.01.2022.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden können. Keine Stellenhebungen im Bereich der Ortspolizeibehörde Bremerhaven durchzuführen, würde von den Bremerhavener Polizeibeamt:innen als eine Schlechterstellung gegenüber den Bremer Beamt:innen wahrgenommen werden und die Besoldungsstruktur des Polizeivollzugsdienstes im Lande Bremen zwischen den beiden Polizeien unverhältnismäßig auseinanderdividieren.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Nach dem Finanzzuweisungsgesetz erhält die Ortspolizeibehörde für das Haushaltsjahr 2022 eine Personalkostenzuweisung von 100% der vereinbarten Personalzielzahl. Die notwendigen Mittel für die insgesamt 17 Stellenhebungen im Polizeivollzugsdienst für das Jahr 2022 sind aus

dieser Personalkostenzuweisung zu erwirtschaften. Sofern die Mittel aus der Zuweisung hierfür nicht ausreichen, sind die notwendigen Beträge aus dem Haushalt der Stadt Bremerhaven aufzubringen. Die Ortspolizeibehörde geht davon aus, dass die entstehenden Mehrkosten dargestellt werden können.

Die Auswahl für die im Zuge der Hebungen möglichen Beförderungen erfolgt gendergerecht. Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen bestehen nicht. Auswirkungen auf ausländische Mitarbeiter:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports sowie eine unmittelbare örtliche Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

E Beteiligung / Abstimmung

Eine Abstimmung mit dem Senator für Inneres ist erfolgt. Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit wird in seiner Sitzung am 16.11.2021 mit einer gleichlautenden Vorlage begrüßt.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Keine. / Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird vorgenommen.

G Beschlussvorschlag

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt die Anhebung von 16 Stellen von Besoldungsgruppe A 9 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 10 BremBesO sowie die Anhebung einer Stelle von Besoldungsgruppe A 15 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 16 BremBesO im Bereich der Ortspolizeibehörde zum 01.01.2022.

Melf Grantz
Oberbürgermeister